Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Julius Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Geschäftsstelle: Engelhardt-Straße. Fernsprech-Anschluß Nr. 20

Abonnementspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.60 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.60 Mk. Durch die Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 300 Pfg., sonst 350 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Text kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 149 — Donnerstag, den 1. Juli 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Im Haushaltausschuß des Reichstages gab bei Beratung des Notetats Finanzminister Dr. Wirth die Gesamtschulden des Reiches auf 65 Milliarden Mark angegeben.

*

Lord d'Abernon hat gestern London verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Der französische Botschafter Laurent ist bereits dort eingetroffen.

*

Der Brüsseler Korrespondent des Nieuwe Rotterdamsche Courant erfährt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Franken fordern wird.

*

Wie aus London gemeldet wird, mobilisiert Polen noch weiter Truppen und hat alle Männer zwischen 20 und 35 Jahren unter die Waffen gerufen.

*

Alle Stockholmer Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen Schwedens mit Finnland voraussehen.

Das Vorspiel zu Spa.

In Berliner parlamentarischen Kreisen hegt man den Wunsch, den Reichstag möglichst bald zu vertagen, und es scheint, daß in dieser Hinsicht auch bei den Parteien der Opposition abgesehen vielleicht von den Unabhängigen, kein Widerspruch erhoben wird: denn keine Partei hat ja Interesse daran, jetzt Fragen aufzurollen und unter der Oberfläche schwimmende Konflikte auftauchen und sich zuspitzen zu lassen, durch die das Kabinett oder zum mindesten seine parlamentarische Basis gefährdet werden könnte. Man rechnet damit, daß die politische Aussprache am heutigen Freitag beendet wird, obgleich noch eine zweite Rednergarnitur zu Worte kommt und infolge der Auswahl der Sprecher (hie Helfferich — hie Henke) die Sitzungen sich vielleicht etwas dramatischer gestalten werden, als das in der bisherigen Debatte der Fall war. Man sieht bloß noch nicht, wie die vielen Interpellationen, die von den Parteien eingebracht worden sind, noch alle in dieser Woche verhandelt werden sollen. Die Gegenstände, um die es sich handelt, mögen ja noch so wichtig sein, aber die Zeit reicht nicht aus. Es ist sicher, daß der Reichskanzler und die mit ihm nach Spa fahrenden Mitglieder des Kabinetts am Sonnabend abend Berlin verlassen werden. Bis dahin ist aber die Regierung noch so sehr mit den Vorbereitungen für die Konferenz beschäftigt, daß ihr für innerpolitische Aufgaben vorläufig gar keine Zeit bleibt. Zu alledem tagt nun auch noch der vorläufige Reichswirtschaftsrat, und man kann schon jetzt voraussehen, daß er unter diesen ungünstigen Umständen mit dem ersten Teil seiner Tagung ein wenig ins Wasser fallen wird. Schließlich müssen sich die neuen Männer auch in ihre Aemter einarbeiten.

In allen Berliner Aemtern steht das Arbeitsbarometer auf Hochdruck. Vormittag Kabinettssitzung; um 1 Uhr Reichstag, um 3 Uhr Reichswirtschaftsrat, um 5 Uhr wieder Kabinettssitzung und schließlich müssen ja die Minister auch von den Beratungen ihrer Fraktionen Kenntnis nehmen. Da drängen sich die Minuten zusammen und man kann sich der Befürchtung nicht verschließen, daß die Vorbereitungen für Spa doch überstürzt und mangelhaft sein werden. Die alte Regierung hatte ja in dieser Hinsicht außerordentlich umfangreiche Arbeiten in Angriff genommen. In allen möglichen Aemtern waren Statistiken angefertigt, Denkschriften hergestellt und das so gewonnene Material kombiniert und ausgearbeitet worden. Die Oeffentlichkeit hat von alledem sehr wenig erfahren, aus begreiflichen Gründen; denn jedes der Aemter hütete seine Wissenschaft mit ängstlicher Geheimniskrämerei, so daß die Mitglieder des Kabinetts selbst vielfach noch gar nicht ausreichend informiert sind. Was bisher von den Denkschriften in die Oeffentlichkeit gelangt ist, ist durchaus lückenhaft und gibt gar keinen richtigen Begriff von den Darstellungen unserer Wirtschaftslage und von den Entschädigungssummen, zu denen sich die deutsche Regierung verstehen kann. Durch eine bedauerliche Indiskretion ist in der französischen Wochenschrift L'Europe Nouvelle die Denkschrift der deutschen Reichsentschädigungskommission veröffentlicht worden, welche die in Belgien und Frankreich entstandenen, wiedergutzumachenden Schäden mit 8 Milliarden Franken beziffert. Man muß aber hierbei berücksichtigen, daß in dieser Denkschrift die Schäden welche die Einwohner von sich aus angegeben haben, namentlich die durch Requisition entstandenen Schäden und manches andere, nicht enthalten sind, so daß eine solche Veröffentlichung nur schädlich wirken kann: Ihre Aufnahme in der Pariser Presse ist charakteristisch: während die meisten französischen Blätter sich sehr skeptisch äußern und annehmen, daß die deutsche Regierung mit leeren Händen nach Spa kommen werde, meint die sozialistische Lanterne, die von Deutschland gemachten Schätzungen gewährten immerhin eine Erörterungsgrundlage. Endlich sei doch auf deutscher Seite die Absicht festzustellen, überhaupt etwas zu zahlen. Zwischen dem von Deutschland angegebenen Mindestbetrag und dem von Frankreich geforderten Höchstbetrag werde sich eine gerechte Festsetzung der Frankreich geschuldeten Entschädigung ermöglichen lassen, und jedenfalls sei es leichter, die Irrtümer einer Denkschrift zu widerlegen, als ohne jede Grundlage zu verhandeln. Ueber die Aussichten von Spa äußern sich selbstverständlich die deutschen Regierungsvertreter überhaupt nicht. In Berliner politischen Kreisen herrscht ein starker Pessimismus.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat

Gestern nachmittag trat der vorläufige Reichswirtschaftsrat im ehemaligen preußischen Herrenhause zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er ist im gewissen Sinne ähnlich ein Vorläufer des Reichswirtschaftsrates, wie die Nationalversammlung ein Vorläufer des Reichstages war, und seine Aufgaben bestehen im wesentlichen darin, dem Reichswirtschaftsrat seine Verfassung zu geben. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat zählt bekanntlich 326 Mitglieder, die sich wie folgt verteilen: Industrie 68, Landwirtschaft 68, Gärtnerei und Fischerei 6, Handel, Banken und Versicherungswesen 44, Handwerk 36, Verkehr und öffentliche Betriebe 34, Verbraucher 30, freie Berufe 18, 12 vom Reichsrat und 12 von der Reichsregierung ernannte Mitglieder. Die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates ist von dem Grundgedanken der Parität beherrscht. Mit Ausnahme des Reichswirtschaftsrates je zur Hälfte Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Reichswirtschaftsrat stellt sich somit als eine Fortsetzung des Grundsatzes der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dar. Bei der gestrigen ersten Sitzung waren Saal und Tribünen voll besetzt. Am Regierungstisch waren u. a. Reichskanzler Fehrenbach, Reichswirtschaftsminister Scholz Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, Reichsminister des Innern Koch, preußischer Wohlfahrtsminister Stegerwald.

Der Alterspräsident, Kommerzienrat Hermann Bamberg, Arbeitgebervertreter der Industrie, eröffnete die Sitzung.

Reichskanzler Fehrenbach

begrüßte namens der Reichsregierung den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Nach seiner Zusammensetzung und seiner Aufgabe stelle er eine neue Erscheinung unter den Parlamenten der Welt dar. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll sich aus einer Reihe von Körperschaften aufbauen, die heute noch nicht bestehen, deren Einrichtung vielmehr zu den Aufgaben der nächsten Monate gehört. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ließe es aber geboten erscheinen, nicht so lange zu warten. Die Reichsregierung hat aber für die einstweilige Lösung der Aufgabe diesen Reichswirtschaftsrat geschaffen und hofft auf seine wirksame Hilfe bei den schweren Belastungsproben, welche die nächsten Monate der deutschen Wirtschaft bringen werden. (Beifall.)

Der Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung wurde mit einigen Aenderungen angenommen. Nach Paragraph 2 der Geschäftsordnung ist durch das Los zu bestimmen, ob ein Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervertreter zum Präsidenten gewählt werden soll. Das Los entschied für einen Arbeitgebervertreter. Unterstaatssekretär a. D. Edler von Braun wurde mit 228 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt; 63 Zettel waren nicht beschrieben.

Präsident Edler von Braun:

Ich übernehme die mir durch Los und Wahl zugewiesenen Funktionen und spreche der Versammlung für das Vertrauen, das Sie mir damit bewiesen haben, meinen Dank aus. Ich verspreche Ihnen, indem ich den Vorsitz übernehme, daß ich die Funktionen stets nach strengster Unparteilichkeit erfüllen werde, daß ich versuchen werde, die Verhandlungen so zu leiten, daß sie nicht in große Rednerturniere ausarten und daß nicht zum Fenster hinaus gesprochen wird. Wir werden nur dann das leisten können, was das deutsche Volk von uns erwartet. In diesem Sinne bitte ich Sie, nunmehr an unsere Arbeit zu gehen. (Beifall.)

Es folgte die Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden aus der Reihe der Arbeitnehmer. Reichsminister a. D. Wissell schlug vor, den Gewerkschaftsvorsitzenden Legien zu wählen. Die Wahl wurde wiederum unter Namensaufruf vollzogen. Legien wurde mit 243 Stimmen gewählt und nahm die Wahl mit Dank an; 42 Zettel waren unbeschrieben. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Verbandsvorsitzender Urban, Tischler Baltrusch, Generaldirektor Völker, Bankdirektor Dr. Salomonsohn, Regierungsrat Lehmann, Geheimer Baurat Dr. Ing. v. Rieppel, Oberbürgermeister Mitzlaff gewählt. Nach der Wahl der Schriftführer wurden sodann für den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuß je 30 Mitglieder und Stellvertreter und für den Geschäftsführungsausschuß 12 Mitglieder und Stellvertreter gewählt. Für das Wahlprüfungsgericht wurden 4 Mitglieder gewählt. Die Ausschüsse sollten sich schon gestern konstituieren. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.

Die politische Aussprache im Reichstage.

Haus und Tribünen waren in der gestrigen Reichstagssitzung nur schwach besucht. Nach Verlesung von Interpellationen nahm das Haus den Antrag Lebebour an, die Strafe gegen den unabhängigen Abg. Mittwoch aufzuheben. Desgleichen wurde der Antrag der Deutschnationalen auf einstweilige Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Kerckhoff angenommen. In der fortgesetzten Debatte über die Regierungserklärung ergriff

Abg. Dr. Trimborn (Zentr.)

das Wort. Die Weimarer Verfassung müsse die unverrückbare Grundlage unseres Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sein. Er bedauere, daß die Mehrheitssozialisten sich zurückgezogen hätten. Er danke der Volkspartei, daß sie diesmal nicht abseits getreten sei. Den Anschluß an die Deutschnationalen habe seine Partei nicht mitmachen können, denn das würde den Eindruck gemacht haben, als ob eine Regierung ohne und gegen Demokratie und Arbeiter zustandekommen sollte. Redner kommt dann auf den dornenvollen Leidensweg nach Spa zu sprechen. Forderungen, die wir nicht erfüllen könnten, müsse ein entschiedenes Nein entgegengesetzt werden. Die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann sei ein Ding der Unmöglichkeit. Die Steuergesetze seien energisch durchzuführen. Es sei notwendig, Arbeit zu schaffen und dafür zu sorgen, daß noch mehr gearbeitet wird als bisher. Eine Beseitigung der Zwangswirtschaft sei nicht möglich.

Abg. Dr. Stresemann (Ntl., Bv.)

gab zunächst eine Uebersicht über die Ereignisse bei der Kabinettsbildung und kam sodann auf die Sozialisierung zu sprechen und meinte, noch wichtiger als diese sei die Hebung der Produktion. Der Abbau der Zwangswirtschaft sei noch lange nicht das freie Spiel der Kräfte wie früher, denn uns sei durch das Fehlen des internationalen Güteraustausches die Kraft genommen. Die ganze Frage des Wiederaufbaues sei überhaupt international und nicht bloß deutsche Angelegenheit, denn Deutschlands Zusammenbruch werde auch denjenigen der übrigen Welt nach sich ziehen. Der Reichswirtschaftsrat, der heute zusammengetreten sei, habe diesen Wiederaufbau vorzubereiten. Die Unterschrift in Spa werde schwerwiegender sein als die von Versailles. Deshalb müsse genau erwogen werden, was unterschrieben werden solle. Die sozialen Erschütterungen seien auch für die Sieger nicht minder schwerwiegend als für uns. Zwinge uns Spa zum Bolschewismus, so breche das Unheil auch über die Sieger herein.

Abg. Schiffer (Dem.)

erklärte, seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten. Wenn sie sich schließlich doch zum Anschluß an die Regierung schlüssig machte, so habe vaterländisches Pflichtbewußtsein das veranlaßt. Der Sozialdemokratie müsse er aber Vorwürfe machen, wenngleich er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Gewehr bei Fuß dastehe. Redner ging dann zur Besprechung des Regierungsprogramms über und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett von Dauer sein werde. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Dr. Heim (Bayer. Bv.)

verlangte eine Bilanz der unverfälschten Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spa gehen. Uns lege man nur Lasten auf, die uns wirtschaftlich ruinierten. Schon heute hätten wir nicht genügend Kohlen, um unsere Industrie aufrechtzuerhalten. Deshalb dürfe uns Oberschlesien nicht genommen werden. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Widerspruch lösen könne. Redner stellte ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teueren Obstpreisen nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warnt vor der Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide nicht im Westen sondern im Osten kaufen, wo die Valuta zu unseren Gunsten lautet. Er bittet ferner, das steuerfreie Einkommensminimum zu erhöhen und warnt vor der zu großen Zentralisierung, die den ganzen Betrieb unnütz verteuere.

Präsident Löbe teilte sodann mit, daß ein Antrag der Unabhängigen Aberhold und Genossen vorliege wonach die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitze. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Reichsnotetat, Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm.

Das Wahlgesetz in der Volkskammer.

Auf dem Tisch des Hauses lagen gestern 3 Brote mit verschiedenen abgeschnittenen Stücken. Sie sind vorgelegt worden im Zusammenhang mit der kurzen Anfrage des Abg. Berndt (Dem.) bezüglich der schlechten Brotversorgung von Dresden und Umgegend. Der Unwille der Bevölkerung drohe zu explosiven Entladungen zu führen. — Geheimer Rat Dr. v. Hübel: Zur Behebung der Notlage habe die Regierung dauernd mit dem Reichsministerium und der Reichsgetreidestelle in